

Gewerbsteuer auch für Freiberufler/innen

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund habe nach einer Meldung des Trierischen Volksfreunds vom 16. Juni 2010 auf seiner Tagung in Mainz die Erweiterung der Gewerbesteuer auf Freiberufler wie Anwälte, Zahnärzte oder Architekten gefordert. Damit könnten ca. 1,5 Millionen Gewerbesteuerzahler gewonnen werden, was den Städten und Gemeinden immense Mehreinnahmen bringen würde. Während die offiziellen Vertreter/innen der Freiberufler/innen sich aber empört zeigten, hätte die Industrie- und Handwerkskammer Trier Verständnis für eine erweiterte Erhebung der Gewerbesteuer aufgebracht.

Diese eindeutige Positionierung der Industrie- und Handwerkskammer erfreut DIE LINKE in Trier umso mehr, als wir bereits in unserem Kommunalen Wahlprogramm 2009 die Ausweitung der Gewerbesteuer auch auf Freiberufler/innen gefordert hatten.

„Die Steuerpflicht soll auf alle Freiberufler solidarisch ausgedehnt werden. Dieser Personenbereich soll die neue Steuerlast mit der Einkommenssteuer verrechnen können. Im Gegenzug können die Steuersätze für die Gewerbesteuer gesenkt werden, wovon vor allem kleine und mittlere Unternehmen und Betriebe unmittelbar profitieren. Gleichzeitig sollen Möglichkeiten für Verlustvor- undnachträge bei der Gewerbesteuer zeitlich und der Höhe nach deutlich begrenzt werden.“ (DIE LINKE Trier, Kommunales Wahlprogramm 2009, S.11f)

Wenn nun linke Positionen langsam aber sicher auch von den „Spitzenverbänden“ Triers eingenommen werden, dann zeugt dies immerhin von später Einsicht.

Eine fiskale Schieflage besteht ja schon seit längerem: So beklagt die Stadt Trier derzeit einen ungeheuren Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen, bedingt durch die Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2009! Durch eine Erweiterung der Gewerbesteuer

auch auf Freiberufler/innen wäre die Stadt nach Meinung der Linken jedoch unabhängiger gegenüber den Konjunkturschwankungen, denen die Unternehmen und Betriebe ausgeliefert sind. Zudem ergäbe sich auch eine fließende Gerechtigkeit innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen, die z. Zt. sehr unterschiedlich – bis gar nicht (!) - belastet werden. Allein durch eine hohe Steuerzahlungsmoral kann jedoch die Solidarität unter den Gewerbetreibenden gegenüber dem städtischen Gemeinwesen ausgedrückt werden, was in nordeuropäischen Ländern übrigens eine selbstverständliche und zudem solidarische Ehrensache ist.

Zunehmend zeigt sich bei uns eine Politikentwicklung, bei der zeitverzögert linke finanzpolitische Forderungen von konservativen Kräften eingenommen werden und dann als ihre eigenen Ideen dem Wähler verkauft werden. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, im TV zustimmend wie folgt zitiert wird:

„Warum zahlen Handwerk und Mittelstand längst Gewerbesteuer, Freiberufler aber nicht? Auch diese könnten Gewerbesteuerzahlungen auf die Einkommenssteuer anrechnen lassen.“

In diesen Worten drückt sich klar unsere linke Position aus, für deren Umsetzung ich im Stadtrat Trier eintreten werde!

Dass mit den Steuergeldern nicht nur auf kommunaler Ebene gewissenhaft umgegangen werden muss, versteht sich freilich von selbst.

Übrigens: Sollten die Kommunen hier „den Aufstand proben“, wie der TV spekuliert, sind wir selbstredend mit dabei!

Trier, den 16. Juni 2010

Dr. Johannes Verbeek
Stadtrat für DIE LINKE